



akrützel

Jenas führende
Hochschulzeitung

AUF DIE STRASSE UND DANN?

Was man gegen rechts tun kann

LIEBE LESERINNEN,

hoffentlich ist die Brandmauer gegen den Faschismus nicht so löchrig wie die Abwehrkette der deutschen Handballnationalmannschaft. Aber wir bleiben dabei: Wir geben lieber das EM-Finale her, als ins Jahr 1933 zurückgeworfen zu werden.

„Der *Dry January* ist jetzt zu Ende“, sagt Götz und schlürft guten Gewissens aus seinem Rotweinglas. Es ist der 30.01. Wir geben noch nicht klein bei. In dieser Akrützel-Ausgabe gibt es kein Vino. „Man muss den Leuten auch mal zeigen, dass das Vino nicht selbstverständlich ist“, ruft Moritz.

Deshalb gibt es diesmal nur Mate. Das hält uns wach. Unsere Verfassung wappnet uns hoffentlich genauso gut gegen den demokratischen Sekundenschlaf. Michael ist mit der Verfassung besonders vertraut. Amtlichen Angaben zufolge würde er sogar für sie Brennen. Oberbürgermeister Nitzsche hält währenddessen seine Kohle für Seenotrettung zurück. Deshalb entbrannte ein Streit im Stadtrat.

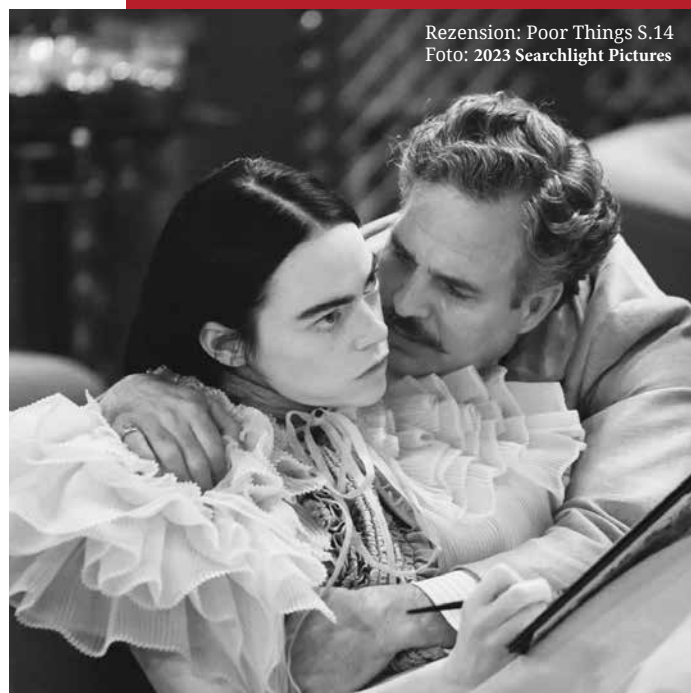
„Mate Mate ballert am meisten“, erklärt der Chefredakteur im Koffeinrausch und beißt sich die Zähne am Layout aus. Indes versinkt die FSU angesichts der Sparmaßnahmen in einem märchenhaften Dornröschenschlaf. Wer kommt und küsst den Präsidenten wach, Godwin Baxter? Bevor wir Kopfkino von unangenehmen Sexszenen im Präsidium bekommen, belassen wir es bei der gewohnten Intransparenz und schließen die Redaktion ab sofort für alle Anfragen des Präsidiums.

Gehabt euch wohl.

Die Schlussredaktion

**„Vor Schnellschüssen
würde ich warnen.“**

Foto: Line Urbanek



Rezension: Poor Things S.14
Foto: 2023 Searchlight Pictures

INHALT

UNI & STADT

Kein Geld für Seenotrettung 4
Rechtswidriger Stadtratsbeschluss

Mit der Thoska ans Meer 5
Neues Semesterticket

Parkplatz wird zu Eichplatz 5
Neuer Bauplan

Die unpolitischste Uni Thüringens 6
Sparpläne und keinen juckt's

Der leere Lehrstuhl 7
Was aus Prof. Dietze wurde

Auslieferung nach Ungarn 8
Auslieferung eine:r Jenaer Antifaschist:in

TITEL

Vernetzt gegen rechts 9
Proteste gegen rechts

Eine gute Verfassung 12
Verfassungsrechtler im Interview

MEINUNG

Wie weltoffen ist Jena? 14
Internationale Studis im Interview

KULTUR

Mit dem Skalpell ans Patriarchat 16
Rezension: *Poor Things*

Philharmonie für Noobs 17
Zwischen Snobs und Rentnern

Der große Akrützel-Matetest 18
Welche Mate am besten schmeckt

VERFASSUNGSGRECHTLER IM INTERVIEW S. 12



WAS IHR IN LETZTER ZEIT VERPASST HABT

Neues Radverkehrskonzept

40 neue Radwege für Jena



Jena, 2035: Sogar Oberbürgermeister Nitzsche lässt seinen Porsche in der Einfahrt stehen und fährt mit dem Fahrrad ins Rathaus. Ohne auf der Kreuzung angehupt zu werden und nach der Uni schnell und sicher zum Sport. Das soll in den nächsten 9+ Jahren in die Realität umgesetzt werden. Der neue „Radverkehrsplan Jena 2035+“ kommt diesem Ziel mit 339 vorgeschlagenen Maßnahmen näher. Damit das Auto in Zukunft in der Garage bleiben kann, sollen neue Radwege und Fahrradstraßen entstehen sowie bestehende Strecken erneuert werden. Doch nicht nur streckenbezogene Maßnahmen, sondern auch Konzepte zur Verbesserung der Fahrsicherheit sind geplant. Leser:innen, die im nächsten Jahr-

zehnt immer noch studieren, können beispielsweise darauf hoffen, auf dem Weg zur Uni nicht mehr in den Straßenbahnschienen stecken zu bleiben. Denn in der Unterführung zum Ernst-Abbe-Platz sollen Gummieinlagen an den Schienen angebracht werden, die das verhindern sollen. Doch reichen diese Maßnahmen aus, um unbeirrte Autofahrer:innen zum Fahrradfahren zu bringen? Michael Böhringer vom Radentscheid sieht in dem Plan „Entwicklungspotenzial, um einem breiten Teil der Bevölkerung das sichere und komfortable Radfahren zu ermöglichen“. Aktuell geht es durch die verschiedenen städtischen Gremien, bis final am 28. Februar im Stadtrat darüber beraten wird. *liu*

Saale tritt über die Ufer

Die Grünen wollen mehr Katastrophenschutz



Erst handeln, wenn es zu spät ist? – Die Grünen sehen das anders. In weiten Teilen Deutschlands, so auch in Thüringen, hat der Dauerregen im Dezember und Januar zu Hochwasser geführt. Eine Katastrophe und Existenzbedrohung für viele Bürger:innen.

Auch in Jena stieg die Saale deutlich an. Sie hält zwar noch dem hohen Pegel stand, jedoch wollen die Grünen nicht erst warten, bis eine Hochwassergefahr auch in unserer Stadt droht. Sie setzten sich zu Beginn des Jahres das Ziel, den Katastrophenschutz in Jena zu verbessern, und präsentierten dem Stadtrat eine Beschlussvorlage. Unterstützung erfahren die Grünen für ihre Beschlussvorlage von den Fraktionen CDU und Bürger für Jena. Das Anliegen dieses Bündnisses gilt vor allem der Stärkung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements. Die Parteien befürchten, dass

sich durch den Klimawandel bedingte Extremwetterlagen in Zukunft häufen werden und daher Verbesserungen notwendig sind, um dem entgegenzuwirken und die Stadt zu schützen. Ihre Maßnahme heißt: Vorsorge statt Nachsorge. Per Infomaterial soll die Jenaer Bevölkerung besser über Katastrophensituationen und Gegenmaßnahmen aufgeklärt werden.

Die Bürger:innen wären künftig vorbereitet und könnten im Ernstfall reagieren. Die Frage ist, ob das reicht. Gravierend sind die Maßnahmen nicht. Im Falle, dass wirklich die Existenz durch eine Katastrophe bedroht wäre, wird niemand als Erstes zu einem Blatt Papier greifen. Ob bloße Informationen im Kampf gegen Hochwasser helfen, bleibt fragwürdig. Zu hoffen ist, dass ein Ernstfall nie eintritt und Jena von einer Hochwasserkatastrophe verschont bleibt. *kw*

Illustrationen: Jakob Grathwohl

akrützel – gegründet 1989 und herausgegeben von den Studierendenräten der FSU und EAH – erscheint während der Vorlesungszeit alle zwei Wochen donnerstags. Redaktionssitzungen sind öffentlich und finden jeden Montag um 18 Uhr in der Redaktion im UHG statt.

Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe:
09. Februar 2024

Das Akrützel Nr. 436 erscheint voraussichtlich am:
15. Februar 2024

Druck: Schöpfel Weimar
Verteilte Auflage: 3.000

Chefredaktion: Johannes Vogt
Satz und Gestaltung: Johannes Vogt
Lektorat: Victoria Müller
Titelbild: Line Urbanek

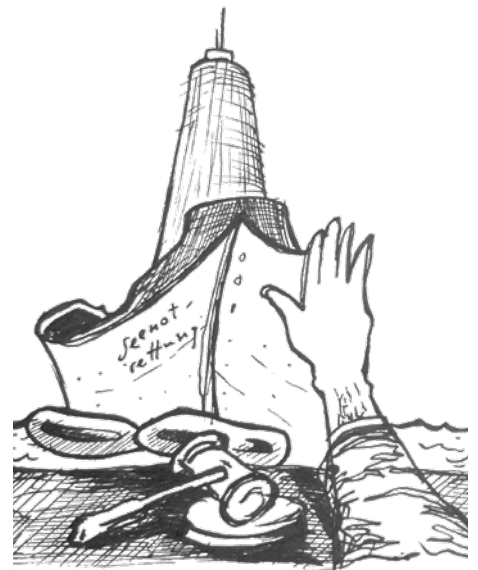
Redaktionsmitglieder:
Elisabeth Bergmann (*ebe*), Sandro Belkania (*sab*), Felix Domianus (*fed*), Catalin Dörmann (*cad*), Jakob Grathwohl (*jag*), Tim Große (*grot*), Nora Haselmayer (*noha*), Alexandra Kehm (*alke*), Vincent Kluger (*vik*), Henriette Lahrmann (*hela*), Stephan Lock (*sl*), Markus Manz (*mam*), Lars Materne (*lam*), Victoria Müller (*vim*), Ulrike Reimer (*ulli*), Bastian Rosenzweig (*bar*), Pauline Schiller (*pas*), Thorsten Schlicke (*ths*), Line Urbanek (*liu*), Johannes Vogt (*ju*), Veronika Vonderlind (*vevo*), Felix von Wagner (*fw*), Götz Wagner (*wag*), Moritz Weiß (*mow*), Karolin Wittschirk (*kw*)

Adresse: **akrützel**, Friedrich-Schiller-Universität,
Fürstengraben 1, 07743 Jena
Telefon: 03641-9-400975
E-Mail: redaktion@akruetzel.de
Internetseite: www.akruetzel.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Redaktionsmeinung entsprechen. Für unverlangt gesendete Einsendungen besteht keine Veröffentlichungspflicht. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Den Mitgliedern der Redaktion ist die Wahl zwischen generischem Maskulinum, Femininum, Ausschreibung von männlicher und weiblicher Form und der Verwendung eines Doppelpunktes bei Mehrpersonennennungen freigestellt. Das verwendete generische Maskulinum gilt für alle Geschlechter.

KEIN GELD FÜR SEENOTRETTUNG

Die Stadt Jena darf zivile Seenotrettung im Mittelmeer nicht unterstützen. Der Stadtratsbeschluss von September sei rechtswidrig, sagt das Verwaltungsamt.



Illustrationen: Jakob Grathwohl

Die Stadt Jena darf wohl doch keine Patenschaft für ein Schiff der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer übernehmen. Im September vergangenen Jahres beschloss der Stadtrat auf Antrag der Linken und Grünen, dem Bündnis Städte Sicherer Häfen beizutreten und ein Schiff mit insgesamt 10.000 Euro zu unterstützen.

Diesen Beschluss hat das Thüringer Landesverwaltungsamt jetzt einkassiert – zumindest informell. Die Begründung: Das Engagement übertrete den Aufgabenbereich der Stadt. Geld für einen Verein, der nicht in Jena ansässig ist und damit ein Schiff im Mittelmeer unterstützen will, habe zu wenig mit der Stadt zu tun.

Deshalb bat sie den Stadtrat, den Beschluss zurückzunehmen, sonst würde die Behörde den Beschluss offiziell beanstanden.

Kann man nichts machen, ist man geneigt zu sagen. Wir leben ja in einem Rechts-

staat, und da muss sich auch der Stadtrat an Regeln halten. Wenn die eine solche Entscheidung nicht hergeben – blöd gelaufen. Aber ganz so alternativlos ist die Entscheidung nicht. Zunächst ist Jena nicht die einzige Stadt, die eine solche Patenschaft übernimmt und auch mit finanzieller Hilfe unterstützt. In anderen Städten interessieren sich die Behörden jedoch nicht dafür.

Erstens, weil es sowieso strittig ist, ob solche Patenschaften tatsächlich rechtswidrig sind, und weil zweitens kleinere Geldbeträge einfach nicht schwerwiegend genug sind. Warum ist das in Jena anders?

Die Behörden haben den Beschluss überhaupt erst geprüft, weil der Oberbürgermeister Nitzsche darum gebeten hat. Und das, nachdem seine FDP-Fraktion in der Stadtratssitzung im September zivile Seenotrettung mit klassisch rechten Narrati-

ven delegitierte. Seenotrettung sei nämlich strukturell mit illegalen Schleuserbanden verbunden.

Dass Nitzsche den Beschluss beanstandet, ist also alles andere als eine alternative rechtliche Verwaltungssache, sondern eine politische Entscheidung.

Auf der Stadtratssitzung Ende Januar wurde der Beschluss trotz Bitte der Behörde nicht zurückgenommen. Wie im Schreiben an Nitzsche bereits angekündigt, wird das Verwaltungsamt den Beschluss jetzt offiziell beanstanden. Das heißt, Jena wird am Ende die Patenschaft nicht übernehmen dürfen. Gegen eine solche Entscheidung kann aber geklagt werden. Besonders bei einer rechtlich unklaren Situation wie dieser ist es schwer vorherzusehen, wer den Rechtsstreit am Ende gewinnen würde. Das letzte Wort wurde in dieser Sache also noch nicht gesprochen.

NICHT NUR BRAUNER MIST

Versinken die Traktorproteste im blau-braunen Sumpf rechter Instrumentalisierung?

Die Landwirt:innen sind sauer. Und das ist verständlich: Sie sind in einem extrem hohen Maße von staatlichen Subventionen abhängig, um ihre Produkte am Markt anbringen zu können. Subventionen, die der Staat jetzt streichen will. Der Landwirtschaft verbindet Deutschland e. V. und der Deutsche Bauernverband rufen zum Traktorprotest, und er funktioniert. Etwa 4.000 Fahrzeuge verlassen in Thüringen ihre Höfe.

Es dauert nicht lange, bis kritische Blicke auf die Proteste fallen, wobei Mist in Innenstädten und großflächige Verkehrsblockaden noch die unproblematischs-

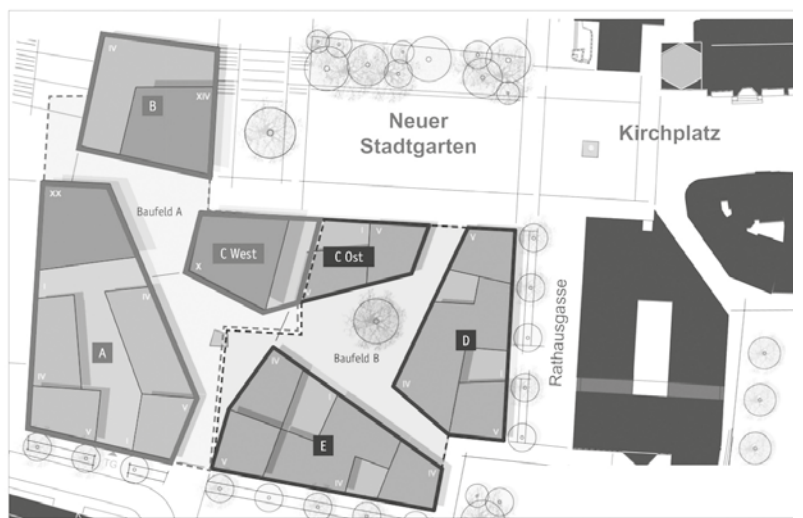
ten Vorwürfe sind. Die große Sorge: Unterwanderung und Instrumentalisierung durch Rechtsextreme. Wie eine Fahne im Wind gab die AfD schnell vor, auf der Seite der Protestierenden zu stehen, obwohl sie mit der Union diejenigen waren, die einstimmig für die Subventionskürzungen gestimmt hatten. Die Partei, die in ihrem Parteiprogramm „Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen“ fordert – offenbar in dem Glauben, kleine Familienbetriebe könnten sich an einem noch freieren Markt gegen internationale Großinvestor:innen behaupten. Aber die Landwirt:innen bleiben bei ihren Forderungen.

Die Organisierenden distanzieren sich, so gut sie können, von rechtem Gedankengut – trotz besorgniserregender Transparenz und den etwas fehlgeleiteten Umsturzphantasien einiger Übermotivierter. Solange die sozial-ökologische Seite der Proteste Aussagen wie „Rechte Tendenzen unterpfügen! Kein Hektar dem Faschismus!“ an ihre Traktoren hängt, gibt es auf jeden Fall noch Hoffnung.

Ganz viel Liebe an alle, die unsere Lebensgrundlage absichern. Lasst euch nicht unterkriegen, und lasst euch nicht einreden, es gäbe eine Alternative für Demokratie.

PARKPLATZ WIRD ZU EICHPLATZ

Die Parkplatzwüste namens Eichplatz soll seit Jahrzehnten wieder bebaut werden: Die neuen Pläne klingen paradiesisch.



Grafik: Kommunale Immobilien Jena

Seit Januar ist der Bebauungsplan für einen Teil des Eichplatzes öffentlich: In den nächsten Jahren sollen auf der einen Hälfte des Parkplatzes neben der Neuen Mitte gleich drei Türme errichtet werden. Der größte Turm ist mit den geplanten 66 Metern Höhe sogar halb so groß wie der Jentower. Den Planer:innen war es wichtig zu betonen, dass es sich nicht um charakterlose Investorengebäude handelt: Eins hat eine horizontale, das andere eine vertikale und das letzte eine rasterförmige Fassade.

Auf dem Areal sollen 178 Wohnungen entstehen, die Hälfte davon als Mietwohnungen. Ob sozialverträglicher Wohnraum geschaffen wird, bleibt jedoch fraglich. In den

Türmen wird es aber großflächige Büros geben. Das Erdgeschoss ist Einzelhandel und Gastronomie vorbehalten. Die Räume wurden kleinteilig geplant, damit sich auch kleine Geschäfte ansiedeln können. Das Ziel: eine lebendige, autofreie Zone. Jedenfalls verbessert sich die Aufenthaltsqualität des Platzes, wenn man auf die Konzeptbilder schaut.

An den Grenzen des Platzes werden Bäume gepflanzt und die Terrassen begrünt. Auf einem Viertel der Gesamtfläche entsteht ein neuer Stadtpark. Wo man dann den SUV abstellt? Das Areal bekommt eine Tiefgarage: Am Ende sollen sogar genauso viele Autos Platz finden wie vor dem Bau.

Wer das alles am Ende bezahlt, ist aber noch nicht geklärt. Denn die Stadt baut nicht selbst. Die Fläche soll stattdessen an verschiedene, auch regionale Investoren und Wohnungsgenossenschaften verkauft werden, die dann den Bau selbst finanzieren. Damit die dann nicht alle machen, was sie wollen, sichert sich die Stadt ein Mitspracherecht in den Verträgen. Leider gibt es noch keinen Plan, wann der Bau beginnt, geschweige wann der Eichplatz fertig sein soll. Die meisten Studis werden das wohl nicht mehr in ihrer Jenaer Zeit erleben.

Götz Wagner

MIT DER THOSKA ANS MEER

Das neue Deutschlandticket könnte das Semesterticket ablösen, aber nur, wenn alle wollen.

Für 29,40 Euro pro Monat sollen Studierende in Deutschland bald durch das ganze Land fahren können. Darauf haben sich Bund und Länder Ende letzten Jahres geeinigt. Bisher ist aber noch unklar, ob und wann das Ticket überhaupt kommt. Denn anders als das normale Deutschlandticket wird man sich das erweiterte Studiticket nicht einfach kaufen können. Stattdessen haben Bund und Länder ein Solidarmodell beschlossen.

Das heißt, die Studierendenwerke schließen unter Mitsprache der Studierendenenschaften einen Vertrag mit den Nahverkehrsbetrieben vor Ort. Das Ticket kann sich dann nicht jeder kaufen, der will, sondern es wird vom Semesterbeitrag bezahlt, so wie bisher das Semesterticket – bloß dann für ganz Deutschland. In Jena sitzen deshalb seit der Entscheidung Ver-

treter:innen der Studierendenschaft, des Studierendenwerks und vom Jenaer Nahverkehr zusammen, um einen neuen Vertrag auszuarbeiten. Aber nicht alle wollen die alten Verträge beenden. Es gibt nämlich zwei Probleme:

1) Das Ticket kann in Zukunft teurer werden. Die Verkehrsminister der Länder haben zwar angekündigt, dass sich der Preis bis Ende des Jahres nicht verändern wird, aber was ab 2025 passiert, bleibt weiterhin offen. In Jena will das Studierendenwerk deshalb die Verträge nicht kündigen, sondern nur ruhen lassen. Falls das neue Ticket zu teuer wird, könnte man so leichter wieder das alte zurückbekommen. Bisher zahlen Studierende in Jena 26,80 Euro pro Monat für das Semesterticket. Das sind nur 2,60 Euro weniger, als das Deutschlandticket für Studierende kosten würde.

2) Nicht alle Unis in Thüringen sind für das neue Deutschlandticket. Hochschulen in kleineren Städten wie Schmalkalden oder Ilmenau sind schlechter an das ÖPNV-Netz angeschlossen und deshalb dagegen. Sie haben bisher nur sehr eingeschränkte und billige Verträge. Wenn die anderen Hochschulen aber aus den bisherigen Verträgen aussteigen, steigt auch für sie der Preis.

Ob sich der Wechsel zum erweiterten Semesterticket lohnt, entscheiden am Ende nicht das Studierendenwerk, sondern die Studierendenschaft selbst. Im April plant der Stura dazu eine Urabstimmung. Bis dahin soll es erste Angebote der Verkehrsbetriebe geben. Das Ticket kommt frühestens im Wintersemester 2024.

Johannes Vogt

DIE UNPOLITISCHSTE UNI THÜRINGENS

Die im Juni beschlossenen Sparpläne, die starke Kürzungen in Bildung und Forschung vorsehen, sind an der FSU bisher nicht auf breiten Widerstand gestoßen. Woran liegt das?

Was sich an der Uni Erfurt im Zuge massiver Sparmaßnahmen im Sommer 2022 ereignete, lässt sich aus mehreren Gründen besser erzählen als die derzeitige Situation an der FSU: Die fatale Anschaulichkeit der finanziellen Lage trifft auf kollektiven Widerstand der Betroffenen. Die Angehörigen der FSU scheinen hingegen Winterschlaf zu halten.

Gegenüber von bröckelnden Fassaden und einem einsturzgefährdeten Audimax ragt ein 20 Millionen teurer Neubau auf dem Erfurter Uni Campus empor - eine hochmoderne Forschungseinrichtung, in der nur geforscht, nicht gelehrt wird. Hier setzt sich die Diskrepanz zwischen Bedürfnissen der Studierenden und der Selbststilisierung der Universitätsleitung wie von selbst in Szene. Während rigorose Sparmaßnahmen den Lehr- und Lernbetrieb stark behindern, tritt die Universität als Bauherin eines kostenintensiven Projektes auf, von dem sie 8,4 Millionen Eigenanteil trägt.

Eine Einrichtung wie der Erfurter Forschungsbau kann sichtbar und einfach ein Problem vermitteln, das sich sonst hinter undurchsichtigen Haushaltsposten der Universitäten verbirgt. Zumindest für den Sommer 2022 gelang Erfurt der Transfer einer komplexen Gemengelage in ein Narrativ, das eine politische Mobilisierung des Campus ermöglichte: „Forschungsbau heißt Bildungsklausur!“

Lässt sich das an der FSU nicht nachmachen?

Hinter dem Widerstand an der Uni-Erfurt steht eine studentische Initiative, die sich „AG Protest“ nennt. Sie wollen stören, auf ein Problem aufmerksam machen, welches das Präsidium gerne allzu diskret behandelt und das doch die Zukunft von Bildung und Forschung betrifft. Sie stellen hierzu klare Forderungen an die Universitätsleitung: Transparenz, Aufklärung, Diskurs. Sie organisieren unter anderem Informationsveranstaltungen, eine Demo auf dem Campus und eine Besetzung der Hochschulbibliothek und ernten dafür die Aufmerksamkeit des Landtags und des öffentlichen Rundfunks.

Zum Gelingen dieser Initiative trugen maßgeblich solide Kommunikationswege zwischen Studierenden und dem Mittelbau der Universität, Austausch unter den Fakultäten sowie ein guter Zusammenhalt zwischen Stura und Studierendenschaft bei. Beispielsweise wurde die AG Protest durchweg vom Stura unterstützt, zwischen Studierenden und Mittelbau herrschte Ar-

beitsteilung bezüglich Informationsbeschaffung und Durchführung von Protestaktionen. Bei der funktionierenden Vernetzung von Statusgruppen und einflussreichen Positionen an der FSU scheint es im Zusammenhang der Sparmaßnahmen zu haken. Woran liegt das?

Repressive Strategien des Präsidiums

An vielen Punkten eröffnet sich der Verdacht, das Präsidium der FSU verfolge bei der Einleitung der Sparmaßnahmen eine repressive Strategie, die kritische Interventionen von vornherein zu zerstreuen

versucht. Ein ausschlaggebendes Motiv der Unileitung ist die Angst vor der Öffentlichkeit: Eine Universität, in der die Gelder für Qualifikation und Forschung fehlen, ist schließlich wenig attraktiv.

Bereits die Auswahl des Zeitpunktes, über die prekäre finanzielle Situation der Universität zu informieren, lässt eine solche Strategie der Zerstreuung vermuten: Anfang Juni 2023 befinden sich Studierende im Prüfungsstress, die Semesterferien stehen vor der Tür – das bekannte „Jenaner Sommerloch“, Treibsand für politische Mobilisierungsversuche. Dabei wären finanzielle Engpässe viel früher absehbar gewesen: wachsende Energie- und Mietpreise, laufende Baukosten, steigende Tarifröhne. Dass durch die globale Minderausgabe des Landes Thüringen weniger Geld die Hochschulen erreiche, kristallisierte

sich seit Anfang März 2022 heraus. Die späte Herausgabe der Haushaltssituation hat zumindest den Erfolg von Rosenthals Kandidatur zum HKW-Präsidenten nicht beeinträchtigt.

Weiterhin ließe sich in dem Vorgehen der Unileitung, die Auswahl zu kürzender Stellen an die Institute abzugeben, vorsätzliches repressives Verhalten erkennen. Wie ein kreisender Greifvogel droht das Präsidium damit, selbst Streichungen vorzunehmen, sollten keine Vorschläge eingereicht werden. Die Erzeugung von Entscheidungsdruck bewirkt in den Instituten Konflikte und Verteilungskämpfe und schaltet damit Möglichkeiten der Solidarisierung, einer kollektiven Problematisierung der Sparmaßnahmen, von vornherein aus. Zudem wird eine Dynamik der Konkurrenz zwischen den Instituten und Fakultäten angestoßen, die zu einer eigentümlichen Umwendung von Solidaritätsvorstellungen führt: Das Institut für Soziologie etwa, welches Vorschläge



über zu streichende Stellen bisher zurückhielt, wurde vom Fakultätsrat beschuldigt, sich unsolidarisch zu verhalten.

Betroffene bleiben im Dunkeln

Die Anmeldung einer gewerkschaftlich organisierten Kundgebung auf dem Campus wurde laut ver.di „ohne sachliche Begründung“ durch die Uni-Leitung Mitte Juni abgelehnt.

Zumindest bei einigen scheint das Verhalten der Unileitung auf Unmut und Skepsis gestoßen zu sein. So schlossen sich im Juni 2023 einige Vertreter aus dem Mittelbau der Universität mit Studierenden zum Bündnis FSU Unterfinanziert zusammen. Teilnehmer beider Seiten ließen sich an zwei Händen abzählen. Das Bündnis forderte in einem offenen Brief das Präsidium dazu auf, die Kürzung von 100 Vollzeitstellen zurückzunehmen. Das Präsidium reagierte mit dem Vorwurf, der Brief enthalte Falschinformationen. Im November folgte ein zweiter Anlauf, angestoßen von studentischen Initiator:innen, der sich aber auch im Sand verläuft: Beteiligte fühlen sich von der Situation wenig betroffen, ihnen würden Kapazitäten fehlen.

Laut Initiatoren und Beteiligten sei die Intransparenz des Präsidiums und der fehlende Wille, Angehörige der Uni aufzuklären, ein wesentlicher Faktor, der die kritische Auseinandersetzung mit den Spar-

plänen verhindere. Um Betroffene zu mobilisieren, bedürfe es drastischer Darstellungen des Problems, für welche die abstrakte Informationslage nicht ausreiche.

Eben die Stellenstreichungen im Lehr- und Forschungsbereich sind ein möglicher Angriffspunkt für Verdeutlichung und der Entfaltung politisierender Affekte: Man könnte konkret machen, welche Lehrstühle und Mitarbeitendenstellen bedroht sind.

Das Präsidium jedoch verweigert sich der Nachfrage des Bündnisses FSU Unterfinan-

„Die Intransparenz des Präsidiums behindert die kritische Auseinandersetzung.“

ziert, Informationen über die fälligen Stellenkürzungen rauszurücken und schiebt dabei den Grund vor, es handle sich um sensible personenbezogene Daten. Dass diese Argumentation nicht stichhaltig ist, ergibt sich schon daraus, dass die Stellen erst ab dem Ablauf befristeter Verträge auslaufen.

Ein riesiger blinder Fleck: Der Haushaltsplan der FSU. In ihm wird sichtbar, dass Ausgaben für Verwaltungsstellen an der Universität weiter anwachsen, während in Lehre und Forschung gespart wird. Vie-

le der in der Verwaltung anwachsenden Stellen entsprechen Maßgaben des Landes bzw. externen Erfordernissen. Das Präsidium aber gab bereits zu, dass auch neben diesen Erfordernissen weitere Stellen hinzugekommen sind – auf vermehrte Nachfragen in Senatssitzungen, hier konkreter zu werden, ist bisher nicht eingegangen worden. Das wäre ein Punkt, an dem nachgehakt werden könnte und der die „Alternativlosigkeit“ der Sparmaßnahmen in Frage stellt.

Der Umgang des Präsidiums mit der finanziellen Lage lässt sich in das Bild der Unternehmensuniversität einordnen: Das Bedürfnis nach akademischer Selbstbestimmung findet Ausdruck in der Verwaltung der eigenen Finanzen. Damit geht auch die Übernahme der Bauherrschaft für kostenintensive Projekte einher. In diesem Rahmen wird ein bestimmter Typus unternehmerischen Handelns gefördert, nach dessen Kalkül Sparmaßnahmen jetzt kurzfristig getroffen werden. Stellschrauben, an denen kurzfristig gespart werden kann: Sachmittel und Arbeitsplätze in der Wissenschaft. Unter der finanziellen Drucksituation an der FSU wird deutlich, wie die Zukunft von Bildung und Forschung wird durch ein unternehmerisches Kalkül unterlaufen wird, das in diesem Moment aktiv und kritisch hinterfragt werden könnte.

Alexander Schmidt

DER LEERE LEHRSTUHL

Dietze muss ihren Lehrstuhl aufgeben, aber es bleiben offene Fragen.

In der letzten Ausgabe haben wir über das Entfristungsverfahren von Carola Dietze berichtet. Damals war der Ausgang noch offen, jetzt ist klar: Sie musste am 20. Dezember ihre Professur aufgeben. Das Entfristungsverfahren blieb dabei bis zum Ende umstritten.

Am 14. Dezember hat das Weimarer Oberverwaltungsgericht das Ergebnis der letzten Abstimmung revidiert und den Fakultätsrat zur erneuten Stimmabgabe aufgefordert. So musste sich der Fakultätsrat am 19. Dezember in aller Eile zusammensetzen und nochmal über Dietzes Entfristung abstimmen. Zum dritten Mal musste der Fakultätsrat wegen des Entfristungsverfahrens zusammenkommen; zum drit-

ten Mal hat er sich gegen eine Entfristung entschieden. In weniger als einer halben Stunde war es klar: Dietze wird nicht entfristet und muss ihren Lehrstuhl aufgeben. Zwar hatte sie noch einen Monat, um das Semester abzuschließen, musste aber am 19. Januar ihr Büro räumen. Eine letzte Chance bleibt ihr noch, denn die Entscheidung des Fakultätsrats liegt wieder einmal vor Gericht. Wie lange der Gerichtsprozess dauern wird, ist aber ungewiss.

Vage bleibt aber nicht nur Dietzes Zukunft, sondern auch die des Historischen Instituts. Bisher ist nämlich unklar, wer einen der größten Lehrstühle des Instituts übernimmt und wann das neue Berufungsverfahren eingeleitet wird. Außer-

dem ist offen, was mit den Mitarbeiter:innen passiert und wer die Arbeit der Professor:in vorläufig aufnimmt. Ungeklärt ist auch, ob die von Dietze geleitete Veranstaltung: *nordamerikanische Geschichte* weiterhin angeboten wird. Darüber hinaus ist es ungewiss, wie das zerstrittene Institut künftig gemeinsam arbeiten soll.

Insgesamt hinterlässt das Entfristungsverfahren viele offene Fragen. Ob diese aufgearbeitet werden, weiß niemand. Dass das Thema relevant bleibt, zeigen die Rückmeldungen, die wir bekommen haben. Uns wurden unter anderem Leser:innenbriefe zugesendet, die auf unserer Website zu finden sind.

Sandro Belkania

AUSLIEFERUNG NACH UNGARN

Beim einem Nazi-Vernetzungstreffen in Budapest kam es zu Gewalt. Jetzt entscheidet ein Gericht, ob ein:e Jenaer Antifaschist:in nach Ungarn ausgeliefert wird.



Proteste gegen Majas Inhaftierung in Jena
Foto: Solikreis Maja

Maja ist Jenaer Antifaschist:in, 23 Jahre alt und muss im schlimmsten Fall die nächsten 24 im Gefängnis verbringen. Maja wurde von den ungarischen Ermittlungsbehörden gesucht, von der deutschen Polizei festgenommen und wartet nun auf eine Entscheidung über die Auslieferung nach Ungarn. Der mutmaßliche Straftatbestand: schwere Körperverletzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Feuchte Zelle, wenig Essen

Letztes Jahr soll Maja an einer Antifa-Aktion in Budapest beteiligt gewesen sein. International wurde gegen den sogenannten „Tag der Ehre“ mobilisiert. Seit den Neunzigern treffen sich jährlich tausende Nazis aus ganz Europa am 11. Februar in Budapest, um der letzten Schlacht des Zweiten Weltkriegs dort zu gedenken. Die rechte Szene verklärte sie zu einem Heldenmythos; der Jahrestag wurde zum Vernetzungstreffen am helllichten Tage. Ihren Marsch melden die Nazis als Bildungsprogramm an, viele erscheinen in SS-Uniform.

Was in diesen Tagen in Budapest genau vorgefallen ist und inwiefern Maja daran beteiligt war, lässt sich nicht genau sagen. Die ungarische Polizei spricht von „Antifa-Attacken“, bei denen Personen mit Schlagwaffen und Pfefferspray angegriffen worden seien. Drei Beschuldigte wurden bereits von der ungarischen Polizei festgenommen und angeklagt.

Im Dezember wurde auch Maja in Berlin festgenommen. „Die Verhaftung war sehr gewaltsam“, sagt Jana, die eigentlich anders heißt und Teil des Solidarischen Kreises für die Beschuldigten ist. Maja

sei durch eine Glastür geworfen worden. Die Sonderkommission LinX erklärt, Maja habe versucht, durch ein geschlossenes Fenster zu flüchten.

Der Solikreis möchte eine Auslieferung um jeden Preis verhindern: „Wir wollen mit medialem Druck darauf aufmerksam machen, wie das politische System in Ungarn aussieht“, sagt Jana. Die Mitbeschuldigten berichten von den ungarischen Haftbedingungen: „Isolationshaft, Bettwanzen, keine angemessene Kleidung, feuchte Zelle, wenig Essen“. Sorge bereite dem Kreis aber auch die zweifelhafte Rechtsstaatlichkeit Ungarns: Laut Amnesty International ist die Unabhängigkeit des Justizsystems in Ungarn nicht mehr gegeben.

Eine Haft in Ungarn würde aber auch eines bedeuten: „Maja wäre weit weg von Familie und Unterstützer:innen“, sagt Jana. „Besuche werden dadurch sehr schwierig und wären mit mehr finanziellen Hürden verbunden.“

Doch wie wahrscheinlich ist es überhaupt, dass Maja nach Ungarn ausgeliefert wird? „An sich verbietet das deutsche Grundgesetz die Auslieferung seiner Staatsbürger“, sagt Edward Schramm, Professor für Europäisches und Internationales Strafrecht in Jena. 2002 einigten sich die EU-Länder jedoch darauf, die Strafverfolgung über die Grenzen hinweg zu vereinfachen. Die deutsche Polizei ist damit auch bei Straftaten im Ausland verpflichtet, eigene Staatsbürger:innen zu verhaften.

Das deutsche Verfassungsgericht lässt die Auslieferung eigener Staatsbürger:innen jedoch nur unter ganz bestimmten Bedingungen zu. Dabei gilt grundsätzlich: „Man kann nur jemanden ausliefern, wenn die

Tat, wegen der er ausgeliefert werden soll, auch in Deutschland strafbar ist.“

Außerdem muss ein Gericht zuerst prüfen, ob eine Auslieferung rechtlich zulässig ist. Es könnte Bewilligungshindernisse geben: schwere Krankheit, aber auch fundamentale Wertentscheidungen. Es dürfe keine Gefahr grob unverhältnismäßiger Strafen oder unmenschlicher Haftbedingungen bestehen. Das OLG Bremen habe 2019 zum Beispiel eine Auslieferung verhindert, weil Ungarn die geforderten Haftbedingungen nicht zugesichert hatte, so Schramm. „Wir sollten nicht unsere Vorstellung vom Rechtsstaat auf dem Altar der effektiven Strafverfolgung opfern.“

Ein schwacher Trost

Wie das zuständige Kammergericht Berlin in Majas Fall entscheidet, ist nicht absehbar. Entscheidet es sich gegen die Auslieferung, würde der Fall vor einem deutschen Gericht verhandelt werden. Entscheidet es sich für die Auslieferung, besteht für Maja noch die Möglichkeit, vor das Verfassungsgericht zu ziehen. In den letzten Jahren verhinderte dieses ein halbes Dutzend Auslieferungen.

Wird Maja trotzdem ausgeliefert, muss eine Rücküberführung nach Deutschland gewährleistet sein. „Auf den Wunsch eines Angeklagten kann das ungarische Urteil in Deutschland vollstreckt werden“, sagt Schramm. Maja würde so also wenigstens einer langen Haft in Ungarn entgehen. Für Majas Unterstützer:innen könnte das zumindest ein schwacher Trost sein.

Götz Wagner und Helen Ochs



Tausende gehen in Jena gegen rechts auf die Straße.
Foto: Line Urbanek

VERNETZT GEGEN RECHTS

Als Antwort auf den Rechtsruck in Deutschland und der erwarteten hohen Wahlergebnisse der AfD erwachsen zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, die versuchen, sich diesem entgegenzustellen.

Deutschland versucht, sich dem Faschismus zu stellen. Die durch die Correctiv-Recherche veröffentlichten Deportationspläne der AfD sind für die unpolitische Mehrheit ein Schock und haben Hunderttausende auf die Straße gebracht – auch in vielen Städten Thüringens. Das Motto: Nie wieder ist jetzt! In Jena versammelten sich am 19. Januar Pro-

testierende zu einer der größten Demonstrationen in der Stadt seit den 90er Jahren. Auf dem Platz vor der Stadtkirche drängten sich trotz Minusgraden so viele Menschen, dass die Redner:innen kaum verstanden wurden. Zur Lautstärke tragen vor allem linke Aktivist:innen und die Trommeln der Rhythms of Resistance bei. In den Sprechchören zeigte sich, wie aufgeladen die Situation und wie differenziert die Meinun-

gen der Demonstrierenden waren. Die bürgerliche Mitte bleibt bis auf gelegentlichen Applaus eher still. Dennoch zeigt die Dynamik auf den Straßen, dass es um mehr geht als nur darum, ein Zeichen nach außen zu setzen: Demonstrationen schaffen Zusammenhalt. Die Menschen fühlen sich mit ihrer Sorge um wachsende rechte Kräfte nicht alleine. Ein Startpunkt, von dem ausgehend Menschen politisch aktiv

werden könnten.

Laut aktuellen Umfragen würde die AfD mit etwa 36 Prozent in den Thüringer Landtag einziehen. Die Situation ist brisant. Das zeigt auch die Landratswahl im Saale-Orla-Kreis: Der AfD-Kandidat Uwe Thrum verlor nur knapp gegen den CDU-Kandidaten Christian Herrgott. Bereits vor den Entwicklungen der vergangenen Wochen gab es in Thüringen verschiedene Initiativen, die anlässlich der diesjährigen thüringischen Landtagswahlen gegen rechts vernetzen.

Studierendenblase zum Platzen bringen

Eine dieser Initiativen ist Rechtsruck stoppen, die hauptsächlich von Studierenden im vergangenen Sommer in Jena gegründet wurde. Eli und Malu sind Teil der Gruppe. Sie erklären, es sei das Ziel, hohe Wahlergebnisse der AfD abzuwenden. Gleichzeitig versuche man aber auch, sich auf diese vorzubereiten und zu schauen, wie man gefährdete Menschen schützen könne. Bislang wurden drei Vernetzungstreffen organisiert, bei denen zuletzt über 150 Menschen kamen. Eli und Malu betonen, dass möglichst viele Menschen mobilisiert werden müssen, auch außerhalb der linken Studierendenblase. Die Vernetzungstreffen finden daher abends und an wechselnden

Wochentagen statt, damit auch arbeitende Menschen kommen können. Dennoch betonen die beiden, dass überwiegend Studierende aktiv sind, denn deren Lebensstil gibt oft mehr Kapazitäten her.

Das Bündnis plane möglichst abwechslungsreiche Aktionen: unter anderem eine Veranstaltungsreihe zur Kompetenzvermittlung, ein Demokratiefest und eine Ideenwerkstatt. Die Initiative setzt sich aus mehreren Untergruppen wie der Aktionsplanung, Stadt-Land-Vernetzung und Mobilisierung zusammen.

„Die Stärke unseres Bündnisses ist, dass wir einen sehr minimalistischen Konsens haben – die AfD zu verhindern.“

Doch wie lässt sich eine so breite Masse vereinen? „Ich glaube, dass die Stärke unseres Bündnisses ist, dass wir einen sehr minimalistischen Konsens haben – nämlich die AfD in Thüringen zu verhindern“, erklärt Eli. Auch beim Vernetzungstreffen am 16. Januar wurde darum gebeten, von

inhaltlichen Debatten während des Treffens abzusehen. Grund dafür sei, dass die Treffen nicht in Diskussionen ausarten sollten, da man sonst nicht vorankomme. Die Initiative möchte zudem mit Gewerkschaften und Kirchen zusammenarbeiten, um innerhalb bestehender Strukturen demokratiefördernde Veranstaltungen anbieten zu können.

Die bürgerliche Mitte will auch ihr Statement abgeben

Am 25.01 stellte außerdem die Initiative Weltoffenes Thüringen ihre Kampagne gegen Rechtsextremismus vor. Im Bündnis dabei sind sowohl etliche Einzelpersonen als auch Vereine, Unternehmen, Wirtschafts- und Kulturinstitutionen sowie kommunale Einrichtungen. Ihr Ziel: Die schweigende Mehrheit sichtbar machen und so ein Zeichen für Demokratie und Solidarität setzen. „Ein Dach, unter dem ganz viel passiert“, wie Oberbürgermeister Nitzsche das Bündnis beschrieb. Unter diesem Dach haben sich weniger als eine Woche nach der Auftaktveranstaltung rund 5.400 Unterstützer:innen versammelt. Nitzsche geht davon aus, noch viele weitere mitreißen zu können.

Die Initiative Weltoffenes Thüringen gründete sich erstmals im Sommer 2023. Ins Leben gerufen wurde das aktuelle zivilgesellschaftliche Bündnis von Eric Wrasse, dem



Protest gegen AfD-Stand in Jena.
Foto: Rechtsruck stoppen



Die Mitte posiert.
Fotos: Pauline Schiller

pädagogischen Leiter des Europäischen Jugendbildungswerks in Weimar. Es entstand, wie auch Rechtsruck stoppen, vor dem Hintergrund des drohenden rechtsextremen Politik-Wandels bei den Wahlen im Jahr 2024. Wohl auch in Hinblick auf die hohen Erfolge der AfD in Thüringen. Die Partei selbst wurde jedoch auf der Pressekonferenz am Donnerstag nicht benannt. Gesprochen wurde von einer „rechtsextremen Partei“.

Auf dem Podium anwesend waren unter anderem der Präsident der Bauhaus-Universität Weimar, Peter Benz, Friederike Spengler von der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ulrike Lorenz als Repräsentantin für Kultur, Kunst und Geschichte und der Olympiasieger im Speerwerfen: ein ziviler Querschnitt, der sich abbildet. „Wenn wir Akademiker:innen in Thüringen haben wollen, müssen wir weltoffen sein“, mahnt Benz.

Wie am Donnerstag auf Nachfrage der Presse hin bemerkt wurde, stellte Sabine Klisch von JenOptik AG allerdings die einzige Vertreterin eines wirtschaftlichen Unternehmens dar. Klisch betonte, dass Offenheit auch eines ihrer Firmenmottos sei. Es gehe zwar nicht nur um die Wirtschaft, Vielfältigkeit und Weltoffenheit seien jedoch auch wichtig, um auf dem Markt zu bestehen.

Auf der Website wird dazu eingeladen, für die Initiative zu unterzeichnen. Einzig ausgenommen sind von dieser Einladung Rechtsextremist:innen. Am Ende der Vorstellungsveranstaltung gab es die Möglichkeit, marketingtaugliche Foto- und Video-Statements aufnehmen zu lassen: Eine klare Positionierung der Personen und deren Darstellung nach außen ist immerhin wichtig.

Antifaschistischer Nachwuchs

Die Mobile Beratung in Thüringen gegen Rechtsextremismus (MOBIT) will bestehende zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen vernetzen. Unter dem Titel Time to Act soll gemeinsam eine Kampagne gegen die extreme Rechte geschaffen werden. Laut Felix Steiner, Berater bei MOBIT, ist ihr Beitrag zur Kampagne vor allem das Empowerment und die Kompetenzvermittlung an ehrenamtlich Engagierte gegen rechts. Dabei wird niemandem et-

„Es bleibt abzuwarten, ob sich der Protest in einem kurzfristigen Strohfeuer erschöpft, oder sich daraus langfristige Strukturen bilden.“

was vorgeschrieben, der Fokus liegt klar auf der Beratung. Als hauptberuflich Tätige geben sie Workshops zu Themen wie der Social-Media-Nutzung für aktivistische Zwecke. Mit dieser professionellen Arbeit kann Mobit der engagierten Zivilgesellschaft entgegenkommen, die aktivistische Arbeit noch neben Job oder Familie unterbringen müssten. Insgesamt sieht sich MOBIT auch als Koordinierungsstelle und Support-System für viele verschiedene Initiativen in ganz Thüringen.

Steiner sieht hier auch keine Dopplung von Strukturen, da viele Bündnisse unterschiedliche Hintergründe haben und verschiedene Gruppen der Gesellschaft zusammenbringen.

Unübersehbar ist, dass in diesen Tagen die bürgerliche Mitte neben antifaschistischen Aktivisten auf die Straße geht. Oft wird vergeblich nach migrantischen Perspektiven und Standpunkten von Betroffenen rechter Gewalt in Redebeiträgen auf Demos und bei den verschiedenen Initiativen gesucht. Stattdessen werden Floskeln wie „Demokratie schützen“ oder „Deutschland ist bunt“ genutzt, um möglichst wenig Menschen auf die Füße zu treten.

Denn um die AfD abzuwenden, einigen sie sich auf einen demokratischen Minimumkonsens. Dass dieser Konsens nicht zulässt, sich von Parteien abzugrenzen, die rechte Politik durchsetzen oder als Opposition mit rechten Parolen um sich werfen, ist ein ungelöster Widerspruch. Vielleicht eine Folge der Vermeidung inhaltlicher Debatten? Mit Blick auf den Saale-Orla-Kreis lässt sich die Frage stellen, ob man sich über den Wahlsieg des Kandidaten der CDU freuen kann. Denn in seinen Überzeugungen unterscheidet dieser sich nicht wirklich vom Kandidaten der AfD.

Dabei bleibt abzuwarten, ob sich der Aktivismus gegen Rechts in einem kurzfristigen Strohfeuer erschöpft oder ob sich daraus längerfristig Strukturen bilden. Felix Steiner stellt klar: „Das muss unser Anspruch sein: der Beginn einer Dynamik, die sich diesem Rechtsruck entgegensetzt.“

**Pauline Schiller,
Alexandra Kehm
und Catalin Dörmann**

„EINE GUTE VERFASSUNG“

Die bevorstehende Wahl in Thüringen stellt einen Härtetest für die Demokratie dar. Der Jenaer Verfassungsrechtler Prof. Michael Brenner analysiert die rechtlichen Gefahren einer AfD-Regierung und bewertet ein mögliches Parteiverbotsverfahren.



Er brennt für die Thüringer Verfassung: Michael Brenner.
Foto: Line Urbanek

Herr Brenner, der „Verfassungsblog“ hat das sogenannte „Thüringen-Projekt“ initiiert, um Szenarien zu diskutieren, falls eine Partei wie die AfD an die Macht kommt. Sind wir auf mögliche Entwicklungen nach der Landtagswahl zu wenig vorbereitet?

Viele sind sich nicht im Klaren, was es rechtlich bedeuten würde, wenn die AfD mit einem erheblichen Anteil von 30 oder 35 Prozent der Mandate in den Landtag einziehen würde. Das ist eine Frage, mit der wir uns bisher nicht beschäftigt haben und zum Glück gar nicht beschäftigen mussten. Wir könnten unter bestimmten Umständen in Bedrängnis geraten.

Gibt es denn Schwachstellen in unserem System, um demokratische Strukturen zu beschädigen und irreversible Veränderungen zu bewirken?

Ich glaube ehrlich gesagt nicht. Das

Grundgesetz und die Thüringer Verfassung sind gute Verfassungen, die Mittel besitzen, um sich wirksam gegen Verfassungsfeinde zur Wehr zu setzen. Die Waffen zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind da und müssen nur eingesetzt werden. Aber natürlich kann eine Verfassung immer nur so gut sein, wie die Bürger sie verteidigen. Wenn die Verfassung den Rückhalt in der Bevölkerung verliert, ist sie im Extremfall das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht. Wir brauchen hinter dem Grundgesetz stehende und dieses aktiv verteidigende Bürger, um sie gegen Verfassungsfeinde zu immunisieren.

Bereits ab einem Drittel der Sitze könnte die AfD demokratische Institutionen blockieren. Gäbe es rechtliche Möglichkeiten, dem vorab entgegenzuwirken?

Diese Gefährdungen bestehen durchaus. Als Vorsorge wäre es möglich, einige Ge-

setze zu ändern oder bestimmte Quoren bei Abstimmungen zu erhöhen. Die Frage ist aber, ob das nicht bei der Bevölkerung Reaktionen nach dem Motto „Jetzt erst recht AfD wählen“ hervorrufen würde. Das muss politisch abgewogen werden. Es würde mich mit großer Sorge erfüllen, wenn eine extremistische Partei eine solche Machtfülle im Parlament inne hätte und die Verfassung nicht mehr ohne Zustimmung der AfD geändert werden könnte. Das parlamentarische Verfahren könnte gelähmt werden. Ein Drittel der volksgewählten Abgeordneten würden einer Partei angehören, die unser Grundgesetz zum Teil mit Füßen tritt.

Könnte ein potentieller Ministerpräsident Höcke das demokratische System aushebeln?

Die Gefahr sehe ich nicht wirklich. Wir haben Mechanismen, die verhindern, dass sich Herr Höcke zu einem kleinen Diktator aufschwingen könnte. Wenn jedoch eine rein von der AfD dominier-

te Regierung entstünde, hätte diese erhebliche Handlungsmöglichkeiten. Ein Ministerpräsident Höcke könnte den Justizminister ernennen, der dann AfD-freundliche Gesinnungsgenossen zu Richtern ernennen könnte. Es wäre auch für die Außenwirkung des Freistaats und den Wissenschaftsstandort Thüringen ganz schlecht. Falls die Gefahr bestünde, dass Höcke im dritten Wahlgang zum Ministerpräsidenten gewählt wird, wäre es aber vorstellbar, dass sich die anderen Parteien auf einen Fachmann als gemeinsamen Gegenkandidaten verständigen, wie den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs. Wir haben auch immer noch Verfassungsgerichte, um ein verfassungswidriges Verhalten einer AfD-Regierung in die Schranken zu weisen.

Derzeit werden verschiedene Instrumente diskutiert, um gegen die AfD vorzugehen. Welche Chancen und Risiken wären aus Ihrer Sicht mit einem Verbotsverfahren verbunden?

Ich wäre eher zurückhaltend. Das erste Risiko ist, dass der Antragsteller mit den vorgebrachten Beweisen genau darlegen muss, dass die Partei verfassungswidrig ist. Die AfD hat ein Geschick darin, manchmal am Rande der Verfassung zu argumentieren, ohne eindeutig in die Sphäre der Verfassungswidrigkeit hinüberzudriften. Der zweite Punkt ist die Dauer des Verfahrens. Wenn der Antrag jetzt gestellt werden würde, hätten wir vielleicht im Jahr 2027 oder 2028 eine Entscheidung. Ihre Wähler lösen sich auch nicht in Luft auf. Ich weiß natürlich, dass eine Ersatzorganisation nicht gegründet werden darf. Aber ihre Wähler werden sich eine andere politische Heimat suchen, möglicherweise in der Vereinigung von Herrn Maaßen.

Wenn wir auf die lange Verfahrensdauer abstellen, wäre ein Antrag ja nie zu empfehlen. Zudem scheiterte ein NPD-Verbot wegen des fehlenden Potentials, ihre Ziele in die Tat umzusetzen. Entweder ist eine Partei dann zu bedeutsam oder zu unbedeutsam, um sie zu verbieten. Welchen Sinn hat das Verbotsverfahren dann überhaupt?

Die Totschlagskeule des Parteiverbots ist vielleicht als Drohmedium geeignet. Meine Empfehlung wäre eher, die Ideen der

AfD politisch zu bekämpfen. Ich würde mir auch gar keine Prognose zutrauen, ob ein Verbotsverfahren in Karlsruhe tatsächlich Erfolg hätte. Das Verfahren kann auch verloren gehen. Was wäre dann die Folge?

Höcke fordert in seinem Buch eine ethnische Volksgemeinschaft und eine „Politik der wohltemperierten Grausamkeit“. Reicht das nicht für ein Parteiverbot?

Aber es wird ja die gesamte Partei verboten. Zwar bewegt sich Herr Höcke in

„Wenn die Verfassung den Rückhalt in der Bevölkerung verliert, ist sie im Extremfall das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht.“

diesen verfassungswidrigen Gewässern, aber er ist „nur“ der Fraktionsvorsitzende einer bislang eher kleinen Fraktion im Thüringer Landtag in einem relativ kleinen Bundesland. Ob das für den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit gegenüber der Gesamtpartei ausreicht, würde ich zumindest mit einem Fragezeichen versehen.

Das Bundesverfassungsgericht sieht die Missachtung der Rechte von Ausländern und Migranten als Paradebeispiel für einen Verstoß gegen die Menschenwürde an. Sehen Sie das nicht auch bei der gesamten AfD gegeben?

Das ist die Frage. Das Gericht muss eine sehr, sehr vertiefte Untersuchung vornehmen. Im letzten NPD-Verbotsverfahren hat das Bundesverfassungsgericht die Regierung nochmals aufgefordert, mit entsprechenden Beweisen für die Verfassungswidrigkeit der NPD nachzulegen. Da wurde deutlich, dass sich nicht anhand einzelner Zitate der Schluss der Verfassungsfeindlichkeit rechtfertigen lässt. Vor Schnellschüssen würde ich warnen.

Eine Vorfeldorganisation wie die JA (Junge Alternative) ist nicht als Partei, sondern als Verein organisiert. Wäre ein Verbot in diesem Fall einfacher?

Es ist sicherlich schneller und leichter,

ein solches Vereinsverbot durchzusetzen, als ein Parteiverbot. Aber auch dagegen kann geklagt werden. Es wäre auch nur eine halbherzige Lösung. Wenn ich als Antragsteller der Auffassung wäre, dass die Partei verfassungswidrig ist, würde ich gegen die Partei vorgehen und nicht gegen die Jugendorganisation.

Was auch diskutiert wird, ist eine Grundrechtsverwirkung wichtiger Funktionsträger der AfD. Was kann man sich darunter praktisch vorstellen?

Das Grundgesetz nennt einzelne Grundrechte, die für verwirkt erklärt werden können. Es ist aber unklar, was das konkret bedeutet. Das Verfassungsgericht müsste das Ausmaß erst präzisieren. Möglich wäre auch, das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen. Meistens wäre es für Verfassungsfeinde aber schmerzhafter, wenn stattdessen die

Register des strafrechtlichen Staatsschutzes gezogen werden und sie zum Beispiel wegen Volksverhetzung ins Gefängnis müssen.

Wäre ein Verwirkungsverfahren gegen Höcke einem Parteiverbot vorzuziehen?

Bisher gab es vier dieser Verfahren, die alle erfolglos waren. Wenn ich mich entscheiden müsste, wäre aber das Verwirkungsverfahren gegen Höcke vielleicht erfolgversprechender. Es ginge wahrscheinlich auch etwas schneller, da nur das verfassungsfeindliche Agieren einer Person nachgewiesen werden muss. Aber auch das ließe sich nicht innerhalb weniger Monate feststellen. Auch hier plädiere ich für Zurückhaltung.

Wie blicken Sie persönlich auf die nächsten Monate, sind Sie weiterhin optimistisch?

Ich bin optimistisch, ja. Die Thüringer Verfassung ist eine gute Verfassung, die durchaus Zähne zeigen kann. Ich bin auch zuversichtlich, dass sich die Thüringer Wählerinnen und Wähler in der Wahlkabine am Ende doch überwiegend für Parteien entscheiden werden, die auf dem Fundament des Grundgesetzes stehen.

Das Gespräch führte Moritz Weiß

WIE WELTOFFEN IST THÜRINGEN?

Protest gegen Rechts heißt auch Solidarität mit Ausländer:innen. Was sagen sie selbst? Wir haben fünf internationale Studierende nach ihrer Perspektive auf die Demonstrationen gefragt.

Zehntausend Menschen gingen kürzlich gegen die AfD in Jena auf die Straße und Bündnisse wie Weltoffenes Thüringen zeigen sich in der Öffentlichkeit solidarisch – alles zur Sicherung des internationalen und toleranten Klimas. Aber ist das Engagement gegen rechts genug, um Integration und Weltoffenheit zu erreichen, oder gibt es mehr zu tun? Fünf Meinungen von internationalen Studierenden.

Dia, Nolan, Mateo, Tuna und Anh haben unterschiedliche Erfahrungen in der Stadt gesammelt, aber in einem Punkt sind sie sich alle einig: Die Zurückhaltung deutscher Kolleg:innen und Kommiliton:innen ihnen gegenüber ist die größte Barriere für ihre Integration. Sie wollen, dass echtes Interesse an ihnen gezeigt wird und tiefere Freundschaften zwischen Deutschen und Internationalen entstehen.

Nolan aus den USA

Nolan kommt ursprünglich aus den USA, ist aber auf verschiedenen Stützpunkten des US-Militärs in Deutschland aufgewachsen. Er lebt seit zwei Jahren in Jena und studiert Molekularbiologie.

Die Entscheidung, nach Deutschland zu ziehen, fiel ihm leicht, weil er hier größtenteils aufgewachsen ist und die Bildungskosten niedrig sind. Dennoch war Jena nicht seine erste Wahl. Mittlerweile ist ihm die Stadt aber ans Herz gewachsen und er will nach dem Studium hierbleiben. Da er so häufig umgezogen ist, war es immer schwierig für ihn, Freundschaften zu erhalten, und er macht sich darüber lustig, wie schwierig es ist, mit Deutschen Freundschaften zu knüpfen. In Jena hat er aber seine Clique „in der internationalen Szene“ gefunden. „Ich fühle mich hier wohler als in den USA.“ Im Vergleich

zu seiner Erfahrung in den USA kann er hier seine Meinung frei äußern, ohne Angst davor zu haben, nicht akzeptiert zu werden. Dennoch ist für Nolan nicht klar, ob der Rechtsruck ein kurzfristiges oder langfristiges Problem ist.

Es macht ihn wahnsinnig, wie viele Länder schon populistische Politiker:innen wählen. Er vergleicht den Rechtsruck mit der Situation in seiner Heimat mit Donald Trump. In Bezug auf die Demos am Freitag letzte Woche stellt er ihre Wirksamkeit in Frage. Er hat kleine Sorgen um die Zukunft, aber die sind für ihn eher abstrakt und nicht greifbar.

Dia aus Jordanien

Dia kommt aus Jordanien. Er lebt seit fast fünf Jahren in Jena und studiert Wirtschaft und Spanisch. Er lernte Deutsch in der Schule und besuchte vor seinem Studium

Nolan ist auf Stützpunkten des US-Militärs aufgewachsen



Dia studiert Wirtschaft und Spanisch





„Ich gehöre zu Jena“,
sagt Mateo

einen Sprachkurs in Jena und bemerkte, dass er sich hier sehr wohl fühlt. Jena hat für ihn auch den Vorteil, dass die Lebenskosten hier im Vergleich zu anderen Städten in Deutschland relativ niedrig sind. Vor seinem Umzug hat Dia davon gehört, dass dieser Teil Deutschlands ausländerfeindlich sei. Zum Glück hat er bisher, trotz seiner arabischen Herkunft, niemals rassistische Diskriminierung in Jena erlebt.

Dia gibt jedoch zu, dass es besonders schwer ist, sich mit Deutschen anzufreunden. In Bezug auf den Rechtsruck betont er, dass solche Pläne in der Regel nicht umsetzbar sind und die AfD sowieso keine absolute Mehrheit hat. Solange die Bundesverfassung besteht, fühlt er sich nicht bedroht. In der Regel engagiert er sich nicht in der Politik, nicht aus Desinteresse, sondern weil er in dem Rechtsruck keine große Gefahr sieht.

„Die Leute sollten dem keine Aufmerksamkeit schenken“, behauptet er. Im Großen und Ganzen hat Dia keine Sorgen über seine Zukunft in Deutschland. Er ist zufrieden mit seinen Kolleg:innen in Jena und hält seine ökonomischen Chancen in Deutschland für gut. Obwohl er eines Tages in eine größere Stadt umziehen will, ist Jena jetzt ein Zuhause für ihn: „Ich vermisse Jena, wenn ich weg bin“, sagt er.

Mateo* aus Chile

Mateo kommt aus Chile und hat Deutsch in der Schule gelernt. Vor seinem Umzug ist er mehrmals zu Besuch in Deutschland gewesen. Seit über zwei Jahren ist er jetzt in Jena und studiert BWL. Niedrige Bildungskosten und Jenas ausgezeichnete Ruf haben Mateo nach Jena gezogen. „Ich gehöre zu Jena ... aber im Sinne davon, dass ich zu

meinen Freundschaften hier gehöre.“ Die Menschen in Deutschland behandeln ihn respektvoll, obwohl er wahrnimmt, dass sie wenig Interesse an ihm haben, und er sich deswegen nicht ganz von ihnen akzeptiert fühlt. Er empfindet den Rechtsruck als „lächerlich“ und engagiert sich momentan nicht politisch, weil er noch neu in Deutschland ist. Sorgen über seine Zukunft in Deutschland hat Mateo nicht.

Anh* aus Vietnam

Anh kommt aus Vietnam und lebt bereits seit sechs Jahren in Jena. Da sie Deutsch schon in der Schule gelernt hat und die Bildungskosten hier relativ niedrig sind, war Deutschland eine offensichtliche Wahl für sie. „Jena ist eigentlich schon mein Zuhause, also habe ich das Gefühl, dass ich hierher gehöre.“

Anh besuchte vor ihrem Studium einen guten Freund aus Jena schon und die Stadt gefiel ihr besonders, auch weil sie für ihren Studiengang Deutsch als Fremdsprache bekannt ist. Einmal während der Corona-Zeit wurde sie von Fremden für eine Chinesin gehalten. Sie versuchten, ihr ins Gesicht zu husten, und machten sich über Chinesen lustig, und sie hat danach hinterfragt, ob sie in Deutschland wirklich akzeptiert wird. Solche Ereignisse gehören jedoch nicht zu ihrem Alltag. An der Uni und an der Arbeit fühlt sie sich akzeptiert, aber die Deutschen sind aus ihrer Sicht zurückhaltend und wollen meistens nur untereinander reden.

Daher fällt es ihr schwer, tiefe Freundschaften mit Deutschen zu knüpfen. Anh engagiert sich nicht politisch. Sie findet es schön, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat, und stimmt der ra-



Tuna sieht im Rechtsruck
eine große Gefahr.

Fotos: Alexander Schmidt

dikalen Politik der AfD nicht zu. Massmigration hat aber ihrer Ansicht nach zu verschiedenen Herausforderungen geführt, die besprochen werden müssen.

Tuna aus der Türkei

Tuna stammt aus Istanbul in der Türkei. Er lebt schon seit über vier Jahren in Deutschland und studiert Politikwissenschaft und Soziologie. Die hohe Bildungsqualität und niedrige Kosten sowie die historischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei waren allesamt Anziehungsfaktoren für ihn. Über Jena sagt Tuna: „Die Stadt ist wunderschön und die Menschen sind sehr nett. Das habe ich nicht erwartet.“ Er will nicht langfristig in Jena bleiben. Er fühlt sich aber stark mit der Stadt verbunden: „Jena ist mir ans Herz gewachsen, und eines Tages werde ich die Stadt vermissen.“ Er bemerkt, dass Deutsche eher schüchtern sind und die meisten seiner Freunde andere internationale Studierende sind. An der Uni wird er akzeptiert, aber er hat „keine Ahnung“, ob das auch gesamtgesellschaftlich gilt.

Er sieht in dem Rechtsruck eine große Gefahr für Deutschland und wäre letzten Freitag auch bei der Demonstration gewesen, wenn er an der Uni nicht so viel Arbeit gehabt hätte. Trotzdem hat Tuna wenig Angst vor seiner Zukunft in Deutschland, weil immer mehr qualifizierte Menschen angesichts des demografischen Wandels gebraucht werden und die AfD sich mit ihrer Radikalisierung „ihr eigenes Grab geschaufelt“ hat.

Das Protokoll führte
Darragh Donnellan

*Namen von der Redaktion geändert

MIT DEM SKALPELL ANS PATRIARCHAT

Poor Things von Giorgos Lanthimos seziert Konventionen, Körper und den Kapitalismus.

Ein Sprung von der Tower Bridge in die Themse sollte ihr Leben beenden. Doch Victoria Blessington (Emma Stone) ahnte nicht, dass ihr Suizidversuch durch Dr. Godwin Baxter (Willem Dafoe) verhindert werden würde. Der Wissenschaftler zieht die bewusstlose Victoria aus dem Wasser und ersetzt in einem Anatomieexperiment ihr Gehirn durch das ihrer ungeborenen Tochter. Es ist die Schöpfungsgeschichte von Bella Baxter, Kind und Frau zugleich, Mutter und Tochter in einem. Sie ist eine feministische Version von Franksteins Monster und eine Figur, die sich früh den Hürden des Frauseins stellen muss.

Mit dem Gehirn eines Kindes

Bella steht vor vielzähligen Aufgaben, die schwer lösbar scheinen. Alle Männer in ihrem Leben möchten sie besitzen, sie kontrollieren. Ihr Ziehvater Dr. Baxter lässt sie zunächst nicht allein aus dem Haus. Ohne Bellas Zutun wird eine Verlobung zwischen ihr und seinem Assistenzarzt ausgehandelt. Mit dem Gehirn eines Kindes ist es zunächst schwer, Ungerechtigkeiten überhaupt zu erkennen. Sie könnte das perfekte Opfer sein; ihr Frauenkörper in Kombination mit ihrem unerfahrenen Geist wirkt verlockend auf die männlichen Figuren des Films.

Doch Bella lernt schnell dazu und ihr starker Wille verhilft ihr trotz ihrer Unerfahrenheit zur Selbstbestimmung. Eines Morgens am Frühstückstisch entdeckt sie ihre sexuelle Lust. Mit Hilfe eines Apfels erlebt sie ihren ersten Orgasmus. Es ist wortwörtlich eine biblische Offenbarung. Sie beschließt, den zwielichtigen Anwalt, der sie vertraglich ans Haus ihres Vaters binden soll, zum Liebhaber zu nehmen, und begibt sich mit ihm auf eine Reise durch Europa. Ihren Verlobten kann sie schließlich später noch irgend-



Bella mit anhänglichem Duncan
Foto: 2023 Searchlight Pictures

wann heiraten. Vielleicht. Allzu zimperlich darf man nicht sein, wenn man sich auf *Poor Things* einlassen möchte. Viele Szenen setzen sich mit Körperlichkeit auseinander. Freiliegende Organe, blutige Skalpelle und Sex in allen Stellungen sind Teil Bellas brutaler und dennoch phantastischer Welt.

Wir begleiten Bella nicht nur auf ihrer sexuellen Selbstfindungsreise, sondern verfolgen auch ihre philosophische Auseinandersetzung mit der Welt, die sie Tag für Tag besser verstehen lernt. Sie lässt sich nichts vorschreiben, gesellschaftliche Konventionen sind für sie irrelevant. Mit kindlicher Lebensfreude und Abenteuerlust treibt sie ihren Liebhaber Duncan Wedderburn (Mark Ruffalo) in den Wahnsinn. Er ist zerrissen zwischen seiner Begierde und seiner Frustration über diese Frau, die so gerne mit ihm schläft, aber sich einfach nicht besitzen lässt. Während Bella mit Duncan durch Europa reist, begegnet sie Figuren mit verschiedenen Weltanschauungen. Sie wehrt sich gegen Zynismus und Nihilismus und schließt eine prägende Freundschaft mit einer sozialistischen Prostituierten.

Durch Bellas Erfahrungen und philosophische Überlegungen entsteht eine spannende Entwicklung der Protagonistin, die am Anfang des Films ihren Umständen so hilflos ausgeliefert scheint: Weil sie sich traut, unkonventionell zu denken und zu handeln, schafft sie es, sich ein Leben aufzubauen, das kapitalistische und patriarchale Hierarchien kleinhält.

Leidenschaft und Freude

Poor Things ist eine unheimlich mitreißende Adaption des gleichnamigen Romans des schottischen Autors Alasdair Gray. Man kann spüren, wie viel Leidenschaft und Freude in diesen Film geflossen sind. Das Ergebnis ist ein faszinierendes Spektakel, in dem sich Ernst und Humor spielerisch ergänzen. Der Regisseur Giorgos Lanthimos zieht die Zuschauer:innen mit einem surrealistischen Farbstrudel und kreativen Kameraeinstellungen in die Welt dieser besonderen Protagonistin. Und es besteht kein Zweifel; Emma Stone ist die perfekte Wahl für die Rolle der Bella Baxter. Mit beeindruckender Leichtigkeit meistert sie die schauspielerischen Herausforderungen dieser Figur, die intensiv fühlt und sich rasant entwickelt. Wer *Poor Things* bereits im Kino gesehen hat, wird sich über keine seiner elf Oscar-Nominierungen wundern.



Dr. Baxter hatte sich das
Vatersein anders vorgestellt
Foto: 2023 Searchlight Pictures

PHILHARMONIE FÜR NOOBS

Unsere Autorin nutzt ihr Kulturticket und wagt sich in die ihr unbekannte Welt der klassischen Musik.

Meine musikalische Bildung beschränkt sich auf einige gescheiterte Blockflötenstunden und die Death-Metal-Platten meines Vaters, die meine Schwestern und ich schreiend versucht haben zu übertönen. Trotzdem sitze ich an einem Samstagabend im Volkshaus, eine Eintrittskarte für die Jenaer Philharmonie in meiner verschwitzten Hand.

Der Dresscode ist legerer als erwartet: Tweedjacken sind hier bei allen Geschlechtern beliebt und ein kleines Schwarzes fällt mehr auf als Jeans und Strickpulli. Wohin das Auge reicht, sitzen Paare im Rentenalter. Aber zu meiner Erleichterung erspüre ich auch ein paar junge Menschen, die ähnlich verloren aussehen wie ich.

Plötzlich fangen alle an zu applaudieren, die Musiker:innen betreten die Bühne und stimmen ihre Instrumente, bis der Dirigent und die Solistin sich dazugesellen. Das Ensemble spielt heute das Violinkonzert e-Moll op.64 von Felix Mendelssohn Bartholdy und die Sinfonie Nr. 8 C-Dur „Große“ von Franz Schubert. In weiser Voraussicht habe ich diese Werke bei Wikipedia recherchiert: viel klüger hat mich das leider nicht gemacht, immerhin weiß ich jetzt, dass Mendelssohns Violinkonzert vor 200



Nur Rentner:innen hier.
Foto: Jenaer Philharmonie, Christoph Worsch

Jahren scheinbar der absolute Hit war, und dass Schuberts Sinfonie Nr. 8 wirklich sehr lang dauert. Oh je.

Ich muss zugeben, dass die Musik wirklich schön und erstaunlich abwechslungsreich ist. Mal ist sie sehr zart, mal aufbrausend und immer voller Energie – ich sehe den Reiz und genieße es, mich von den Tönen berieseln zu lassen.

Doch nach 20 Minuten mangelt es meinem an Netflix gewohnten Gehirn an Stimulation – wo sind die Bilder, die Story, das Drama? Ein Kenner würde jetzt sicher empört erwidern, dass das alles da ist, aber mir offenbart es sich leider nicht.

Meine Gedanken schweifen ab und ich schaue mich im Saal um. Vor mir sitzt ein junger Mann mit geschlossenen Augen –

ob er wohl schläft oder einfach intensiv genießt? Auf meiner rechten Seite erklärt ein Herr in – wie könnte es anders sein – Tweed, seiner Begleiterin in bester Mansplaining-Manier das Geschehen. Laut ihm erfolgt gerade ein „Umbruch“, was auch immer das wohl bedeuten mag.

Mein Highlight: der Dirigent, der mit rotem Gesicht einen wilden Tanz vor den Musiker:innen aufführt und seine Hände um sich wirft. Er übertrifft all meine Erwartungen an seine Berufsgruppe.

Mein Fazit: Es war sehr nett, die Musik war schön, aber meins war es nicht. Vielleicht führe ich ja mal meine Großeltern hierher aus, die finden's sicher toll.

Elisabeth Bergmann

Anzeige

dieUNIKATE - STRESSFREIES DRUCKEN & BINDEN DEINER ABSCHLUSSARBEIT.

Vereinbare einen Termin!

MO - MI | FR: 8:30 - 18:30 Uhr

Buchung: termin.dieunikate.com

+49 (0)3641 20 76 912

Ort: Hinter der Kirche 2 | 07743 Jena



dieUNIKATE - Medien | Services®

AGENTUR - DRUCKEREI - VERLAG

★★★★★ service

ab 1/2 Std.

Produktionszeit

DEIN TERMIN



100% für Dich

DER GROSSE AKRÜTZEL-MATETEST

Mio Mio Mate

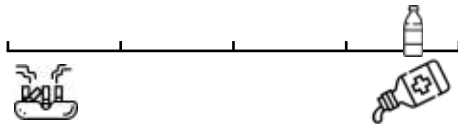
Anfängerfreundlich



Ballert (20 mg/100 ml)



Geschmack von Aschenbecher
bis Hustensaft



Mio Mio Mate überzeugt mit ihrem Preis: 1€ inklusive Pfand. Sie hat einen soliden Beigeschmack von Hustensaft, mäßig viel Sprudel und ist vegan. Leider – unpopular opinion – ist die Flasche hässlich.

CLUB-MATE

Anfängerfreundlich



Ballert (25 mg/100 ml)



Geschmack von Aschenbecher
bis Hustensaft



Club-Mate kommt ganz basic mit einem völlig überraschungsfreien Geschmack: Ein Hauch einer Vanillenote, ein dezenter Gaumenschmeichler, den man sonst nur von Regenwasser im Aschenbecher kennt.

SOLIMATE

Anfängerfreundlich



Ballert (25 mg/100 ml)



Geschmack von Aschenbecher
bis Hustensaft



Schon der erste Schluck der Solimate schmeckt nach einer besseren Welt. Die Erlöse werden nämlich zum größten Teil in Refugee-Projekte gesteckt. Der zweite schmeckt dann doch eher nach Heu.

KOLLE-MATE

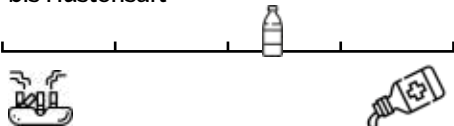
Anfängerfreundlich



Ballert (20g/100 ml)



Geschmack von Aschenbecher
bis Hustensaft



Kolle-Mate ist nicht nur die schönste, sondern vor allem die Mate für alle, die Mate gar nicht mögen. Eigentlich schmeckt sie nach Birnensaft. Da kann man ganz ohne Eingewöhnung cool sein.

CHARITEA-MATE

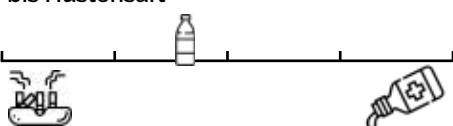
Anfängerfreundlich



Ballert (15 g/100 ml)



Geschmack von Aschenbecher
bis Hustensaft



ChariTea ist perfekt für alle, die von Club-Mate Herzrasen bekommen, aber mit dem Herz noch an der Mate hängen. Sie ist erfrischend: Mate in einer Komposition mit Tee und Zitrusafts.

MATE MATE

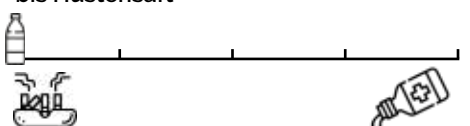
Anfängerfreundlich



Ballert (30 mg/100 ml)



Geschmack von Aschenbecher
bis Hustensaft



Mate Mate ist nur für die Echten. Der Geruch nach Oliven ist etwas verwirrend, aber die 30 Gramm Koffein halten ihr Versprechen von langen Nächten und wachen Tagen.

Hingekrützelt

DIE NEUE MÄNNLICHKEIT

An jeder Ecke öffnet gerade ein Barbershop. Warum das nicht nur kritisch zu betrachten ist.

Irgendwo zwischen Utopie der Selbstständigkeit, rechtlicher Grauzone, In- und Exklusion: der Barbershop. Einst noch Keimzelle für A-Kapella, erscheinen sie heute vorwiegend als das Stadtbild ruinierende Phänomen schlechthin. Doch welches positive Potenzial verbirgt sich hinter den Einheitsbrei-Produzenten?

Denn mindestens eins scheinen sich Barbershop und Kundschaft zu teilen: Das Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit. Da haben wir die obligatorische, vor Kreativlosigkeit triefende Katalog-Inneneinrichtung, gepaart mit dem vermeintlichen Kundenwunsch nach Grenzziehung und Kanten. Die Fundamente einer jeden Frisur und eines wahrhaften Mannes. Hinter dem glatten Haaransatz zeigt sich jedoch unweigerlich ein Trend der Grenzauflösung statt

-verhärtung. Grund dafür mag ein verklärter, melancholischer Blick auf traditionelle Männlichkeit sein. Ebenso wahrscheinlich ist aber, dass insbesondere die jüngere Generation einen Raum des Vertrauten und Konstanten sucht. Es sollen nicht nur Bart und Haupthaar, sondern auch das Selbst- und Fremdverständnis in Form gebracht werden.

Man macht es sich zu einfach, würde man Rückzugsorte wie diese pauschal für eine Heimstätte tradierter Männlichkeit halten. Vielmehr ist zu unterstellen, dass es sich um einen Ort jenseits des Macker-Daseins handelt, wo man sich bewusst gegenüber nicht weiblichen Bezugspersonen öffnet und Grenzen überwindet. Kritiker sollten das Augenmerk auf die Gruppe Jüngendlicher richten, die – weit entfernt von

jeder Justin-Bieber-Frisur – bei jedem rasierten Haar des Kumpels mitfiebernd den Barbier mit Rat und Tat unter die Arme greifen, damit die Frisur perfekt und der Style vollendet wird.

Die Rasur-Männlichkeit: überholtes Weltbild mit einer Vorliebe für harte Körper und klare Konturen, (un-)freiwillig durchgefärbt mit dem Prinzip Beziehung. Begegnet man dieser imitierten Männlichkeit mit neuem Blick, entzieht man ihr die anfängliche Wirkung.

Felix
Domianus



Illustration: Veronika Vonderlind



SCAN ME



Nicht auf Kuschelkurs

Werde Abenteurer für Jugendhilfe-Reisen

Du bist
• Fachkraft
• wetterfest
• belastbar

Wir geben
• Freiheit
• Supervision
• 7.000 € / Monat

www.wendeblatt.de
loslegen@wendeblatt.de



wendeblatt



IM INTERVIEW

DER ANTIKOMMUNISTISCHE KÄMPFER AUF DEM KLO

Jeden Morgen macht sich Stephan Steffen S. mit Edding und AirUp-Flasche auf den Weg in die Uni. Seine Mission: die universitären Bedürfnisanstalten vor der ideologischen Kernschmelze bewahren.

Stephan Steffen, Sie sind der einzige liberale Wandbeschrifter an der Uni Jena – sicherlich eine fordernde Aufgabe. Wie viele Toilettenkabinen haben Sie heute – es ist gleich 11 Uhr – schon durchgearbeitet und wie viele stehen noch an?

Guten Morgen! Die Thulb habe ich schon durch, ebenso das UHG und die Räumlichkeiten von Germanistik und Philosophie. Das sind insgesamt 44 Kabinen, wobei ich die Thulb mindestens zweimal am Tag besuchen muss und man auch die Trennwände zwischen den Pissoirs nicht vergessen darf – die sind mir übrigens ein Dorn im Auge, ein anständiger Mensch hat doch nichts zu verbergen!

Wenn ich richtig rechne, heißt das, dass Sie auch die Damentoiletten aufsuchen? Finden Sie das nicht problematisch?

Nein, das finde ich überhaupt nicht problematisch. Problematisch finde ich, Männer einfach pauschal als gefährlich zu verurteilen. Das halte ich für Faschismus.

„Wenn eine Debatte zu sehr nach links abdriftet, greife ich schon mal auf ein Hakenkreuz zurück, um der Debatte einen frischen Impuls zu geben.“

ich sitzend Wand für Wand die Sticker und Schmierereien durch und überlege, ob gehandelt werden muss. Nur wenn sich die Wände ideologisch zu einseitig anfühlen – was sie leider meist tun – greife ich zum Stift.

Was sind die härtesten Mittel, die Sie anwenden?

Wenn eine Toilettenwanddebatte zu sehr nach links abdriftet, greife ich schon mal auf ein Hakenkreuz zurück, um der Debatte einen frischen Impuls zu geben und die Balance wieder herzustellen. Die Vernunft liegt ja bekanntlich immer in der Mitte. Alles andere halte ich für Faschismus.

Mit der Aussage, Antifaschismus sei ja auch Faschismus, haben Sie sich unsterblich gemacht. Von der rechtsradikalen Mom-Influencerin über den Social-Media-affinen Edgelord bis hin zum ranghohen Politiker greifen kritische Bürger überall auf der Welt gerne auf diese Argumentationsfigur zurück. Wie gehen Sie mit dem Erfolg um?

Natürlich macht es mich stolz, wenn ich sehe, wie meine Arbeit dazu beiträgt, die Welt zu einem unaufgeregten Ort zu machen. Aber auch ich war einst nur ein ängstlicher Student, der leicht verstopft ohne Edding auf der Unitoilette saß und wirre Ideen im Kopf hatte (lacht). Manchmal habe ich sogar gedacht, man müsste Dinge ändern (lacht lauter). Aber wir waren ja alle mal jung (lacht sehr laut).

Kein mm² dem Faschismus P.D.
↳ Eigentlich soll es heißen kein mm, aber Mathcaben wir nochmal



RELEASE RADAR WHEN MONSTERS ROAR AND ANGELS SING

Eine kleine Rezension zu Hartmut Rosas neuem Werk

Engelsgleiche Stimmen, bis ins Mark fahrende Melodeien, mutige Medleys und ganz viel Resonanz – das gibt es nicht nur im Metal-Genre, das Hartmut Rosa in seinem im Sommer 2023 erschie-



nenen Buch rosarot beschreibt, sondern auch in seinem jüngsten musikalischen Release mit OG Heidrun Schäfer. Unter dem Titel WEITE(r) (i) RAUM liefert das Duo Orgel- und Querflöten-Bretter,

die Hörende aus dem dogmatischen Schlummer reißen und sie auf ihre existenzielle Unfundiertheit zurückwerfen. Einmal mit der Aporie der letzten Fragen konfrontiert, fangen Hartmuts und Heidruns liebliche Stimmen die Erschütterten aber wieder auf. Sie zeigen die Möglichkeit einer Welt, in der Sound of Silence und Bella Ciao zusammen in einen 5:19-Track gehören – und ist dann nicht alles möglich?

Durch das Amalgamieren von Pop, Schwarzwälder Akzenten, Rock, Jesus und viel Selbstvertrauen schlagen die beiden der Kulturindustrie jäh ein Schnippchen, das sich niemand entgehen lassen sollte. Streambar, aber niemals verfügbar wird euch das Herzstück des Albums über den obigen Spotify-Code. Streamt fleißig!



DEUTSCHLANDS CHEF-ORNITHOLOGE PACKT AUS

Mit Vögeln kennt er sich aus hahaha aha hahaha hahaha: Prof. Dr. Dr. Walter Specht ist viermaliger Ornithologe des Jahres, gefragter Talkshowgast und eine der wichtigsten Stimmen in den stets heftigen Diskussionen um die Wahl des Vogels des Jahres. Wir hatten die seltene Gelegenheit, ihn zu interviewen.

Herr Specht, fängt der frühe Vogel den Wurm?

Nein.

Herzlichen Dank!



VIER MYTHEN ÜBER JENA

Die bekanntesten JenMythen im großen JenSeits-Faktencheck.

1. Jena ist eine Scheibe

Korrekt.

2. Wer stirbt, kommt ins Paradies

Teils, teils. Ins Paradies kommt nur, wem alle Sünden vergeben wurden. Wer nicht würdig ist, kommt in den zweiten Stock der Quergasse.

3. Der Eichplatz war zuerst da und dann wurde Jena drumherum gebaut

Fast richtig. Aufgrund der Schönheit beider geographischer Objekte entschlossen sich mehrere Nomadenstämme aus dem Thüringer Wald im zwölften Jahrhundert vor Christus™ dazu, zwischen Eichplatz und Leutra sesshaft zu werden, und begannen mit der Errichtung der Ganz Alten Mitte.

4. Kiwis kann man mit Schale essen

Korrekt, unter der Voraussetzung, dass man am Obst nicht den Geschmack, sondern die angewiderten Blicke der Mitmenschen und die eigene Überlegenheit in Sachen Obstschalenwissen genießen möchte.

